

Plan B für Griechenland

Die Bundesregierung bereitet sich auf einen Austritt des Euro-Mitglieds vor.



Präsidentialgarde in Athen: Marsch aus der Euro-Zone

Das Dementi kam prompt und unmissverständlich – und ließ dennoch einiges offen. „Deutschland hat seit Monaten nur ein einziges Ziel, den Euro-Raum, so wie er jetzt ist, zu stabilisieren“, erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am vergangenen Donnerstag. Zuvor hatten Meldungen die Runde gemacht, Deutschland plane zusammen mit Frankreich eine kleinere Euro-Zone, ohne Griechenland, Spanien, Portugal und Italien.

Solche Planungen gibt es nicht, wohl aber Überlegungen, was passiert, sollte ein Land die Währungsunion – freiwillig oder gezwungenermaßen – verlassen. Diese Gefahr besteht vor allem für Griechenland, das inzwischen, anders als Italien oder Spanien, als hoffnungsloser Sanierungsfall gilt.

Zwar haben die Griechen das Referendum über die geplanten Sparmaßnahmen abgesagt. Doch die eingestellten Hilfszahlungen werden nur dann wieder aufgenommen, wenn die neue griechische Regierung das vereinbarte Sanierungsprogramm durchsetzt.

Tut sie das nicht, bekommt sie kein Geld mehr. Im Staatsetat Griechenlands würde aber weiter ein Loch klaffen. Dieses Defizit müsste irgendwie finanziert werden. Argentinien, das häufig als Vorbild für den Weg Grie-

chenlands aus dem Bankrott angeführt wird, löste das Problem vor allem, indem es anfang, einfach Geld zu drucken. In Athen steht aber keine selbständige Notenpresse mehr. Einziger Ausweg: Griechenland führt wieder eine eigene Währung ein.

Und darauf will die Bundesregierung vorbereitet sein. Im Finanzministerium spielen die Experten von Ressortchef Wolfgang Schäuble (CDU) unterschiedlichste Annahmen durch. In einem sogenannten Basis-Szenario gehen sie davon aus, dass alles nur halb so schlimm kommt. Danach könnte der Ausstieg Griechenlands nach anfänglichen Turbulenzen längerfristig sogar zur Stärkung der Euro-Zone beitragen. Der Grund: Ohne ihr schwächstes Glied wird die Kette insgesamt stabiler.

Zwar hätten dann Randstaaten wie Italien oder Spanien auch weiterhin zu kämpfen, doch könnten sie ihre Probleme ohne den chronischen Unruheherd Griechenland besser in den Griff bekommen. Die Anleger, so die Hoffnung der Regierungsexperten, würden dann erkennen, dass diese Staaten augenblicklich zwar Schwierigkeiten haben, an Geld zu kommen. Pleite seien sie, anders als Griechenland, jedoch nicht.

In einem Worst-Case-Szenario entwickeln sich die Angelegenheiten in

der Euro-Zone weniger günstig. Nach einem Austritt Griechenlands geraten Spanien und Italien ins Visier der globalen Finanzmärkte. Investoren reagieren verschreckt und gewähren den Regierungen dieser Länder nur gegen noch höhere Risikoaufschläge Kredit.

In diesem Planspiel ist der europäische Rettungsschirm EFSF gezwungen, die Länder mit frischem Geld zu versorgen. Damit das gelingt, soll er so schnell wie möglich aufgerüstet werden, so dass er über eine Feuerkraft von rund einer Billion Euro verfügt. Fraglich bleibt, ob und wie lange die Mittel reichen.

Zusätzlich beschreiben die Regierungsexperten ein Worst-worst-Case-Szenario, also eine Entwicklung, wie sie sich im allerschlimmsten Fall darstellen könnte. Die Katastrophen-Kaskade verliefte so: Die neue Drachme würde augenblicklich gegenüber der Gemeinschaftswährung massiv abwerten. Die Exporte Griechenlands würden zwar billiger, negative Effekte aber überwiegen. So steigt die Staatsverschuldung trotz Schuldenschnitts wieder an, weil die Verbindlichkeiten in Euro bestehen bleiben. Die Kreditwürdigkeit des Landes sinkt sofort wieder, und auch die Geldversorgung der Wirtschaft stockt, weil die Banken ebenfalls von den internationalen Kapitalmärkten abgeschnitten sind.

Auch die Unternehmen behielten ihre Schulden in Euro. Viele würden in die Pleite schlittern, weil sie ihre Verbindlichkeiten nicht mehr bedienen können. Als Konsequenz verlieren noch mehr Arbeitnehmer ihre Jobs, der Konsum bricht ein und verschärft so den Abschwung.

Von diesem Teufelskreis würde sich das auf sich allein gestellte Land in Jahrzehnten nicht erholen. Mehr noch, es könnte im engverflochtenen Euro-Raum andere Länder mit in den Abgrund reißen.

Dieses Szenario sei nicht das wahrscheinlichste, heißt es in der Regierung. Entscheidend bleibe, die Volkswirtschaften der anderen Länder der Euro-Zone wirksam von den Folgen eines Griechenland-Austritts abzuschotten.

Auch in der EZB kann sich mittlerweile offenbar die Mehrheit mit einem Ausstieg der Griechen arrangieren. Bei Bedarf würde die Notenbank die Geldschleusen öffnen, um die Folgen zu dämpfen, heißt es. Den vornehmen Notenbankern ist inzwischen ein Ende mit Schrecken lieber als endloser Schrecken.

CHRISTIAN REIERMANN